



Internationale Solidarität

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung

Internationale Solidarität: Einführung	2
0,7% des Betriebsbudgets für die Entwicklungshilfe	5
Solidarische Gemeinden für Wasserprojekte	7
Solidarität für Energieprojekte: Initiative Hebelarm des Kantons Basel-Stadt	10
Soziale Integration: das Quartier Tell in Aarau	12
Nord-Süd-Austausch für die Erhaltung der Biodiversität	15
Nachhaltige Beschaffung von Holz und Papier: <i>urwaldfreundlich.ch</i>	18
Nachhaltige öffentliche Investitionen: Pensionskasse des Kantons Genf	20
Klimaneutrale Mobilität in Küssnacht	22

Internationale Solidarität Einführung



Nachhaltige Entwicklung und internationale Solidarität

Auswirkungen lokalen Handelns auf die globale Nachhaltige Entwicklung

Das Potenzial in der Schweiz

Welche Verbindung besteht zwischen Nachhaltiger Entwicklung und internationaler Solidarität? Bereits im Kapitel 3 der Agenda 21 von Rio hat internationale Solidarität und Armutsbekämpfung einen zentralen Stellenwert für eine globale Nachhaltige Entwicklung: Die Agenda 21 definiert als Langzeitziele die nachhaltige Existenzsicherung aller Menschen bei gleichzeitiger nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung. Sie wurden am Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 bekräftigt und als messbare Ziele in den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) definiert (siehe Seite 4). Die MDGs bilden heute für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit den wichtigsten Referenzrahmen.

Bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung kommt der Ebene der öffentlichen, lokalen Körperschaften, d.h. den Kantonen, Städten und Gemeinden, eine Schlüsselrolle zu.¹ Lokale Nachhaltigkeitsprozesse wie beispielsweise eine Lokale Agenda 21 bezwecken, dass das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung in bestehende lokale politische Prozesse eingebunden wird.²

Die globalen Auswirkungen lokalen Handelns von Kantonen und Gemeinden auf die Umwelt sind zunehmend ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die globalen Auswirkungen lokalen Handelns auf die sozialen und ökonomischen Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung, insbesondere auf die weltweite Armutsbekämpfung, sind hingegen bislang nicht im gleichen Masse thematisiert worden.

Die Beispiele in diesem Dossier zeigen, wie Kantone und Gemeinden einen Beitrag zur weltweiten Solidarität, für die Armutsreduktion und den Schutz der Umwelt leisten können. Im Vordergrund stehen innovative Projekte in den Kernaufgabengebieten von Kantonen und Gemeinden. Die zentrale Frage ist, was Kantone und Gemeinden «in der Schweiz» tun können, um zu einer globalen Nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Die eher «traditionellen» Entwicklungsprojekte, welche von verschiedenen Kantonen und Gemeinden direkt unterstützt werden, stehen in diesem Dossier weniger im Zentrum.

Das Potenzial von Kantonen und Gemeinden, einen Beitrag zur globalen Nachhaltigen Entwicklung zu leisten, ist sehr gross und reicht zum Beispiel von sozial verantwortlichen Finanzanlagen von öffentlichen Pensionskassen über CO₂-Kompensationen bis zum öffentlichen Beschaffungswesen, welches zum Beispiel auf Urwaldholz verzichtet. Aber auch die Integration von Migrantinnen und Migranten oder der Wissensaustausch zwischen Nord und Süd sind wichtige Bausteine einer internationalen Solidarität.

¹ Strategie Nachhaltige Entwicklung: Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011, Schweizer Bundesrat, Bericht vom 16. April 2008.

² Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz – Ein Wegweiser, Bundesamt für Raumentwicklung ARE, 2007.

Gute Beispiele

Seit Rio 1992 wurden in der Schweiz auf lokaler Ebene vielfältige Massnahmen zur Stärkung der Nachhaltigen Entwicklung ergriffen. Allerdings hat die Öffentlichkeit davon noch zu wenig Kenntnis genommen. Mit einer Serie von «Guten Beispielen» möchte das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), in Zusammenarbeit mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), diese bekannt machen und zur Nachahmung und/oder Adaptation anregen.³

Die «Guten Beispiele» sollen als Kommunikationsmittel Verhaltensänderungen auslösen helfen. Zielpublikum dieses Dossiers sind insbesondere Behörden in Kantonen und Gemeinden. Auch für Vereinigungen oder Einwohnerinnen und Einwohner, die in ihrer Gemeinde Vorschläge machen möchten, ist das Dokument von Interesse.

Die «Guten Beispiele» müssen den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung in den drei Zieldimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen. Bei der Auswahl der Beispiele in diesem Dossier wurde zudem der Nord-Süd Dimension – der internationalen Solidarität – eine besondere Bedeutung beigemessen. Den Referenzrahmen bilden die acht MDGs, wobei MDG1, MDG 7 und MDG 8 im Zentrum stehen (siehe Seite 4). Nicht zuletzt müssen die Beispiele übertragbar und replizierbar sein. Es handelt sich also um nachahmenswerte Massnahmen mit Beispielcharakter, welche zum Kopieren anregen sollen.

Internationale Solidarität: Rolle von Bund und lokalen Körperschaften

Die auswärtigen Angelegenheiten und somit die internationale Zusammenarbeit sind in erster Linie Sache des Bundes. Die DEZA anerkennt aber die Bedeutung des Engagements lokaler Körperschaften zu Gunsten der internationalen Zusammenarbeit und wertet sie als (a) einen Beweis der Solidarität gegenüber den Ländern des Südens und Ostens, (b) ein Zeichen, dass die grossen Entwicklungsfragen uns alle etwas angehen, und (c) einen Beitrag zur Lösung von globalen Problemen auf lokaler Ebene, d.h. die Umsetzung des Konzepts «global denken, lokal handeln.»⁴ Mit den vorliegenden «Guten Beispielen» soll vor allem gezeigt werden, was Kantone und Gemeinden in der Schweiz tun können, um zu einer globalen Nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

³ Gute Beispiele im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung – Konzept, ARE, 2006.

⁴ Engagement der Lokalen Körperschaften der Schweiz in der Internationalen Zusammenarbeit, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, 2006.

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs)

Die MDGs sind in der Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit etwas völlig Neues. Die acht miteinander verknüpften und sich gegenseitig verstärkenden Entwicklungsziele bilden den globalen Rahmen mit einem konkreten Zieldatum – dem Jahr 2015.

Die 8 MDGs

MDG 1: Halbierung der extremen Armut und des Hungers

MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

MDG 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel

MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Das Prinzip der «gemeinsamen und geteilten Verantwortlichkeiten» der Entwicklungs- und Industrieländer zur Verminderung der Armut hat einen zentralen Stellenwert bekommen, was insbesondere durch MDG 8 zum Ausdruck kommt. Bei diesem Ziel geht es für den Norden darum, die Entwicklungsländer in ihren Bemühungen, MDG 1-7 zu erreichen, zu unterstützen. MDG 8 basiert auf der Überzeugung, dass einerseits das Verhalten von Industrieländern einen direkten Einfluss auf die Verwirklichung der MDG 1-7 hat und dass andererseits die Industrieländer ein eigenes Interesse an der Verwirklichung von MDG 1-7 haben.

0,7% des Betriebsbudgets für die Entwicklungshilfe



Beschreibung

Die Stadt Onex (GE) verwendet im Rahmen ihrer Politik für eine Nachhaltige Entwicklung und ihrer Agenda 21 0,7% des Betriebsbudgets für die Entwicklungshilfe.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

Die reichen Länder engagieren sich für die weltweite Halbierung der Armut bis 2015 mit gerechteren Handels- und Finanzbeziehungen und mit der Anhebung ihrer Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) – das sind 70 Rappen von 100 Franken, die in einem reichen Land verdient werden. Dieses Engagement trägt wesentlich dazu bei, die Millenniumsentwicklungsziele der UNO, besonders MDG 8 (Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft) zu erreichen. Bislang haben nur Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden diese Zielvorgabe erreicht. 2008 hat die Schweiz 0,4% ihres BNE für die Entwicklungshilfe ausgegeben.

Umsetzung

Die Stadt Onex führt seit 2003 einen Agenda 21-Prozess durch. Auf politischer Ebene ist für die Agenda 21 und für die Entwicklungshilfe ein Ausschuss mit Vertretern/innen aus dem Gemeinderat (Legislative) zuständig; auf administrativer Ebene wurde der Dienst für Kommunalbeziehungen, Kommunikation und Nachhaltige Entwicklung geschaffen. Dieser Dienst prüft die eingereichten Entwicklungshilfeprojekte in einer Vorbegutachtung und unterbreitet dem Ausschuss daraufhin Vorschläge. Gemäss einer Vereinbarung mit der «Fédération Genevoise de Coopération» (FGC) geht ein Drittel des Fonds für Entwicklungshilfe (0,7% des Betriebsbudgets der Gemeinde) an Projekte, die direkt von Vereinen eingereicht werden (Online-Formular auf der Website der Stadt Onex). Die Projekte müssen die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, z.B. Achtung des ökologischen Gleichgewichts, Verringerung von Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen und/oder Verbesserungen im Bereich Erziehung, Soziales und Ausbildung. Die zwei verbleibenden Drittel des Fonds gehen an Projekte, die von der FGC vorgeschlagen werden. Die FGC ist ebenfalls für die technische Kontrolle, die Begleitung und die Koordinierung zuständig (es existieren mehrere Kofinanzierungen: DEZA, Staat Genf, Gemeinden). Die Bewohner/innen der Stadt Onex werden regelmässig in der Ortszeitung, auf der Website von Onex sowie im Lokalfernsehen über alle Projekte informiert.

Ergebnisse

In den letzten Jahren hat die Stadt Onex ihren Beitrag an die Entwicklungshilfe merklich aufgestockt, nämlich von 0,19% des Gemeindehaushalts im Jahr 2002 (CHF 75000.–) auf 0,7% im Jahr 2009 (CHF 272000.–). Onex unterstützt zum Beispiel die lokale indische Organisation CARD (Centre for Action Research & Documentation), ein Projekt von Terre des Hommes Genf. CARD engagiert sich für die wirtschaftliche Entwicklung von rund dreissig Dörfern mit einer mehrheitlich in Stämmen lebenden Bevölkerung, einer besonders schutzbedürftigen Gesellschaftsschicht in Indien. Ziel ist es, Frauen- und Männergruppen zu Verbänden zusammenschliessen, um bei den lokalen Behörden mehr Einfluss zu gewinnen. Die Mitglieder des Verbandes haben leichteren Zugang zu Bankkrediten und sind deshalb nicht von Wucherern abhängig. Zudem fördert CARD die Selbst-



Ergebnisse (Folge)

bestimmung der in Stämmen lebenden Bevölkerung, indem Kleinbetriebe unterstützt und die landwirtschaftliche Diversifizierung vorangetrieben werden, was gleichzeitig die Landflucht eindämmt.

Bewertung

Das Schicksal aller Menschen, die in grosser Armut leben, liegt der Stadt Onex am Herzen: In Onex gilt die Auffassung, dass jede öffentliche Gebietskörperschaft ihr Scherflein im globalen Engagement beitragen sollte. Die Besonderheit der Vorgehensweise in Onex ist die enge politische und administrative Verknüpfung der Agenda 21 mit der Entwicklungshilfe. Keine Agenda 21 ohne Blick auf den Süden, keine Entwicklung die nicht nachhaltig ist! Die 0,7% des Gemeindebudgets werden ausschliesslich der Entwicklungshilfe zugewiesen; die humanitäre Hilfe (Naturkatastrophen u.ä.) ist davon nicht betroffen, sondern bildet Gegenstand von ad hoc -Krediten, für welche die Gemeinderegierung verantwortlich zeichnet.

Beispielcharakter

Mit ihrer Aktion beteiligt sich die Stadt Onex am «Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft» (Millenniumentwicklungsziel 8). Das Beispiel Onex zeigt, dass jede Gemeinde, auch solche mit niedrigem Steuereffuss und wenigen Unternehmen, zur Nachhaltigen Entwicklung des Planeten beitragen und die Aktionen auf Bundesebene ergänzen kann.

Zielgruppen

Stadt Onex, Verantwortliche und Begünstigte der Projekte

Kosten

0,7% des Betriebsbudgets der Gemeinde

Ort

Stadt Onex

Realisierung

Seit 2002

Kontakt

Frédérique Haessig – Mairie d'Onex, chargée du développement durable, aide au développement, manifestations communales et sport
Chemin Charles Borgeaud 27, 1213 Onex
Tel. 022 879 59 59 – f.haessig@onex.ch

Information

www.onex.ch – www.fgc.ch

Bekannte vergleichbare Projekte

Kanton Genf: Im Gesetz über die Finanzierung der internationalen Solidarität (LFSI), das am 1. Juli 2002 in Kraft getreten ist, verpflichtet sich der Staat Genf, mindestens 0,7% des jährlichen Betriebsbudgets der internationalen Solidarität zu widmen. Der «Service de la solidarité internationale» organisiert regelmässig Austauschtreffen zwischen den Gemeinden des Kantons, von denen ein Grossteil 0,7% ihres Budgets der Entwicklungshilfe zuwenden. www.geneve.ch/legislation/rsg/f/rsg_d1_06.html

Solidarische Gemeinden für Wasserprojekte



Beschreibung

Die Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud der italienischen Schweiz hat im Jahr 2004 eine originelle Kampagne mit Gemeinden und deren zuständigen Wasserversorgungen lanciert: Der «Centesimo di solidarietà» (Solidaritätsrappen) hat zum Ziel, die Gemeinden mit der Maxime «global denken – lokal handeln» an der Lösung globaler Probleme zu beteiligen. Mit einem Beitrag von einem Rappen pro m³ verbrauchtem Wasser im Jahr engagiert sich die Gemeinde solidarisch für ein armes Gemeinwesen in Entwicklungsländern. Die dadurch gesammelten Beiträge werden lokalen Organisationen für Wasserprojekte in Ländern zugesprochen, in denen die Wasserversorgung für die Landwirtschaft sowie der Zugang zu Trinkwasser problematisch sind.

Im August 2007 wurde, gestützt auf die Idee des Tessiner «Centesimo di solidarietà» und auf Initiative der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Verband des Gas- und Wasserfachs (SVGW) sowie den Schweizer Hilfswerken und dem Aguasan-Netzwerk auf nationaler Ebene eine neue, zusätzliche Aktion, die «solidarit'eau suisse» ins Leben gerufen.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

«Centesimo di solidarietà» und «solidarit'eau suisse» leisten damit einen direkten Beitrag zur Erreichung von MDG 4 – Verminderung der Kindersterblichkeit – sowie MDG 7, insbesondere der darin enthaltenen Zielvorgabe, den Anteil derjenigen Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, bis 2015 zu halbieren. 1,2 Milliarden Menschen schöpfen ihr Trinkwasser jeden Tag aus verschmutzten Quellen. Jedes Jahr sterben über fünf Millionen Menschen an den Folgen von verunreinigtem Trinkwasser. Dies bedeutet, dass alle 8 Sekunden ein Kind infolge einer wasserbedingten Krankheit stirbt (Quelle siehe www.solidariteausuisse.ch).

Umsetzung

Die Einführung und Umsetzung beider Aktionen ist einfach und gebührenfrei. Für den «Centesimo di solidarietà» wählen die Tessiner Gemeinden die zu unterstützenden Projekte selbst aus. «Solidarit'eau suisse» bietet zwei Vorgehensweisen an: Unterstützung eines einzelnen Projekts, ausgesucht von einem Hilfswerk für den Bereich Wasserversorgung, Sanitärinstallationen und Abwasserreinigung sowie den Schutz von Quellen, oder den Weg einer Gemeindeparterschaft. Auf einer Internetplattform finden Gemeinden und Wasserversorgungen Informationen über ausgewählte Trinkwasserprojekte von Schweizer Hilfswerken.

Ist eine Gemeinde oder Wasserversorgung an einem konkreten Projekt oder an einer Partnerschaft mit einer Gemeinde in einem Entwicklungsland interessiert, nimmt sie mit dem betreffenden Hilfswerk direkt Kontakt auf, bespricht die Art und Höhe der Unterstützung und trifft eine Abmachung, wie oft und zu welchem Zeitpunkt die Gemeinde einen Bericht über den Projektfortschritt erhält. Die Gemeinden, die mit mindestens einem Rappen pro verkauftem m³ Trinkwasser ein Projekt unterstützen, erhalten das Label «solidarit'eau suisse».



Umsetzung (Folge)

Gemeinde» während der Zeit der Projektunterstützung. Das Label können die Gemeinden für ihre Werbezwecke nutzen (z.B. auf Briefpapier oder auf der Website). Die Initiative, ein Projekt über «Centesimo di solidarietà» oder «solidarit'eau suisse» zu finanzieren, kann von verschiedenen Personen kommen, vom Werkleiter der Wasserversorgung, dem Gemeindepräsidenten oder der verantwortlichen Person im Bereich Entwicklungszusammenarbeit in der Gemeinde.

Ergebnisse

Bis heute engagieren sich ungefähr 20 Tessiner Gemeinden im «Centesimo di solidarietà». Pionier war die Gemeinde Lamone, sie hat sich aufgrund einer öffentlichen Veranstaltung über Wasserversorgung als öffentliches Gut der Initiative angeschlossen. Seit der Lancierung von «solidarit'eau suisse» ist den Gemeinden Münsingen, Gommiswald, Frauenfeld, Lausanne, Freiburg, Coldrerio, Villaz St. Pierre, Blattenheid, Herisau und Flawil das Label «Gemeindesolidarität für Trinkwasser» verliehen worden. Dank diesen Beiträgen konnten bereits einige Projekte finanziert werden. Dazu gehört ein Projekt in Ecuador, bei dem erwartet wird, dass 6000 Menschen direkten Zugang zu sauberem Wasser erhalten. Ein zweites Projekt konnte in Guinea-Bissau unterstützt werden, wo 8000 Dorfeinwohner dank 25 Brunnen, die einerseits saniert und andererseits neu gebaut werden, über eine zuverlässige Trinkwasserversorgung verfügen werden. Und Anfang 2008 konnten in der Gemeinde Ihazolava in Madagaskar 50 Brunnen gebaut und mit einfachen Handpumpen ausgestattet werden. Davon profitieren heute neu über 20000 Menschen.

Bewertung

Beide Aktionen, «Centesimo di solidarietà» und «solidarit'eau suisse», sind einigermaßen einfach umzusetzen, sie erlauben einerseits die Sensibilisierung der Behörden und der Bevölkerung für die Knappheit von Wasser (Umweltaspekt) und andererseits für die weltweiten Benachteiligungen betreffend Zugang zu sauberem Trinkwasser (sozialer und wirtschaftlicher Aspekt). Es handelt sich um einen bescheidenen finanziellen Transfer aus einem reichen in ein armes Land. An den Initiativen beteiligen sich die Behörden und die Bevölkerung, auch wenn es nicht immer einfach ist, die politischen Akteure dafür zu gewinnen. Der Begriff Nord-Süd-Solidarität ist ein grundlegendes Kriterium der Nachhaltigen Entwicklung, er steht leider jedoch selten im Vordergrund von lokalen Aktionen oder einer Agenda 21.

In Entwicklungsländern ermöglichen diese Aktionen die Umsetzung kleiner, dezentraler Zusammenarbeitsprojekte, die direkt der lokalen Bevölkerung zugute kommen. Durch den Dialog mit Gemeinden bzw. Wasserversorgungsdiensten in Industrieländern lernen die lokalen Behörden in Entwicklungsländern in der Armutsbekämpfung mehr Verantwortung zu übernehmen. In der Schweiz wird die Bevölkerung für die Bedeutung einer zuverlässigen Wasserversorgung sowie für Fragen des Wasserverbrauchs und der Wasserqualität sensibilisiert.



Bewertung (Folge)

Auch wenn die Beiträge je nach Grösse der Gemeinde nur bescheiden ausfallen, sind sie doch in jedem spezifischen Projekt, das von Experten begleitet wird, sehr willkommen.

Beispielcharakter

Die sich engagierenden Gemeinden zeigen, dass internationale Solidarität mit einfachen und bescheidenen Mitteln möglich ist. Dank der schlanken Struktur von Centime solidaire und solidarit'eau suisse fliesst jeder gespendete Franken direkt in Trinkwasserprojekte. Diese Aktionen helfen nicht nur, Trinkwasserprojekte zu unterstützen, sondern auch den Wert des Wassers und die Wichtigkeit der Arbeit der Wasserwerke wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken.

Zielgruppen

Schweizer Gemeinden und Wasserversorgungen

Kosten

Je nach Gemeinde, Minimum 1 Rappen pro m³ verbrauchten Trinkwassers, das entspricht ca. 1 Franken pro Person pro Jahr

Finanzierung

Centesimo di solidarietà: 100% selbstfinanziert
Solidarit'eau suisse: 90% über den konsumierten «Wasserrappen»
10% über das ordentliche Gemeindebudget, Aufwendungen für Entwicklungsprojekte

Ort

Ganze Schweiz

Realisierung

Centesimo di solidarietà seit 2004; solidarit'eau suisse seit 2007

Kontakt

Lavinia Sommaruga – Centesimo di solidarietà, Alliance Sud
Postfach 516, 6903 Lugano
lavinia.sommaruga@alliancesud.ch

Ursula Finsterwald – solidarit'eau suisse
Lagerstrasse 33, Postfach 3977, 8021 Zürich
Tel. 044 299 95 76 – contact@solidariteausuisse.ch
www.solidariteausuisse.ch

Bekannte vergleichbare Projekte

Die Stadt Neuenburg verfügt über einen Fonds von CHF 2000.–, der gespiesen wird über ein Prozent Gebühren, welche auf der Abwasserreinigung erhoben wird. Diese Aktion erfolgt über das städtische Programm der Agenda 21 und unterstützt Wasserprojekte im Rahmend der Nord-Süd Kooperation: www.neuchatel-durable.ch.

Solidarität für Energieprojekte: Initiative Hebelarm des Kantons Basel-Stadt



Beschreibung

Der vom Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt (AUE) Ende 2006 ins Leben gerufene Verein Hebelarm unterstützt Projekte zur besseren Energienutzung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die finanziellen Mittel stammen von Basler Unternehmen, die ganz oder teilweise auf ihren Arbeitsplatz-Bonus verzichten. Seit 1999 erhebt der Kanton Basel-Stadt eine Lenkungsabgabe auf Strom. Die Abgabe soll verhindern, dass Betriebe und Haushalte bei sinkenden Strompreisen mehr Elektrizität verbrauchen. Sie wird den Betrieben in Form eines Arbeitsplatz-Bonus wieder ausbezahlt, dessen Höhe jährlich neu festgelegt wird und sich nach der Lohnsumme, die ein Unternehmen ausbezahlt, richtet.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

Die Projekte des Vereins Hebelarm leisten einen direkten Beitrag zur Erreichung von MDG 1 – Halbierung der extremen Armut – sowie MDG 7 – Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit. Mit gezielten Investitionen in die Verbesserung der Energienutzung in Entwicklungsländern werden die dort anfallenden CO₂-Emissionen verringert. Zusätzlich wird die lokale Wirtschaft unterstützt, die Infrastruktur in wirtschaftlich schwachen Randregionen verbessert, und ein Beitrag zur Umsetzung des Rechts auf Arbeit geleistet.

Umsetzung

Als Rechtsform wurde die Form eines privatrechtlichen Vereins gewählt. Mitglieder des Vereins Hebelarm können natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts werden. Der Vorstand setzt sich aus Vertretern des AUE sowie beteiligten Firmen zusammen. Das AUE führt das Sekretariat. Gemäss Statuten genehmigt die Jahresversammlung wichtige Entscheide, wie die Auswahl der zu unterstützenden Projekte. Die Organisation Swisscontact ist für die Projektadministration verantwortlich. Lokale Organisationen und Unternehmen setzen die Energieprojekte vor Ort um. Es werden nur solche Projekte unterstützt, an denen sich auch die lokale Bevölkerung finanziell beteiligt. So wollen die Initianten sicherstellen, dass das Projekt auch tatsächlich einem echten Bedürfnis und Engagement der Einheimischen entspricht.

Ergebnisse

45 Firmen haben bisher einen Betrag gespendet, und 65 Firmen stellen ihren Bonus zur Verfügung. Zwei Projekte wurden unterstützt, so gingen 2008 CHF 74000.– an die Sanierung eines kleinen Wasserkraftwerks auf Westsumatra. Mit dem umweltfreundlich produzierten Strom sollen die Stromversorgung in der gesamten Region gesichert und die CO₂ Emissionen bis zu 2400 Tonnen pro Jahr reduziert werden. Mit dem Strom des Kraftwerks werden unter anderem Dieselgeneratoren einer Eisfabrik ersetzt. Diese liefert wiederum Eis für die örtlich ansässigen Fischer, welche dadurch ihren Fang kühlen und auf den Markt bringen können. CHF 80000.– werden für ein weiteres Projekt (Mad'Eole) in Madagaskar geleistet. Durch technologisch hochwertige, teilweise lokal produzierte Windstrom-Anlagen, sollen durch dieses Projekt die Lebensbedingungen der Bevölkerung mit dem Zugang zu Elektrizität verbessert, Holzkohle- und Erdölverbrauch für Energiezwecke reduziert sowie lokale Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität



Bewertung

Eine Grundvoraussetzung für die Finanzierung der Basler Energieprojekte war die Einführung einer öffentlichen Lenkungsabgabe, verbunden mit der Ausbezahlung eines Bonus. Mit der Gründung des Vereins Hebelarm – und der damit verbundenen Möglichkeit auf den Bonus zu verzichten – hat der Kanton Basel-Stadt ein Gefäss zur Verfügung gestellt für ein gesellschaftlich bewusstes Engagement von Unternehmen, das auf Freiwilligkeit beruht. Anfänglich konnte der Verein nur durch grosszügige Spenden dreier Firmen gestartet werden, von denen er heute immer noch finanziell abhängt. Um Mitglieder anzuwerben, darf der Verein den Zahlungsankündigungen des Arbeitsplatz-Bonus Antwortkarten beilegen. Es hat sich als schwierig herausgestellt, eine breite Öffentlichkeitskampagne durchzuführen, um in den Medien wahrgenommen zu werden. Die angestrebten Ergebnisse im Sinne der wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung in ausgewählten Schwellen- und Entwicklungsländern sind als positiv zu bewerten. Ebenso positiv ist, dass die Initiative nur Projekte fördert, die lokal gut verankert und finanziell gesichert sind.

Beispielcharakter

Durch die Initiative Hebelarm leistet der Kanton Basel-Stadt einen Beitrag zur globalen Entwicklungspartnerschaft. Der Verein bündelt Kräfte und ergreift, mit verhältnismässig geringem Einsatz, gezielte Massnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ausgewählten Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie kombiniert geschickt verbindliche (Lenkungsabgabe) mit freiwilligen Massnahmen (Verzicht auf Bonus). Dadurch übernimmt der Kanton eine vorbildliche Katalysatorfunktion, welche auf innovative Weise das Verhalten privater Akteure beeinflusst. Hebelarm demonstriert, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit durch gemeinsame Anstrengungen des privaten und des öffentlichen Sektors vorangetrieben werden kann.

Zielgruppen

Alle Unternehmen und selbständig Erwerbende, die im Kanton Basel-Stadt Arbeitsplätze anbieten und Anrecht auf einen Arbeitsplatz-Bonus haben

Kosten

Ehrenamtlicher Aufwand des Vereins Hebelarm (CHF 45 630.– für das Jahr 2007)

Finanzierung

Mitgliederbeiträge, Arbeitsplatz-Bonus, Spenden und ehrenamtliche Arbeit des Vereins Hebelarm

Ort

Kanton Basel-Stadt

Realisierung

Seit 1. Dezember 2006

Kontakt

Marcus Diacon – Amt für Umwelt und Energie, Hauptabteilung Energie
Kohlenberggasse 7, 4051 Basel
markus.diacon@bs.ch

Rudolf Jegge – Präsident, Verein Hebelarm
info@hebelarm.ch

Information

www.hebelarm.ch

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität

Soziale Integration: das Quartier Tell in Aarau



Beschreibung

Das Quartier Tell ist ein Bezirk in der Stadt Aarau mit 2500 Einwohner/innen mit einem Anteil von 34% Ausländer/innen, welche hauptsächlich in Hochhäusern wohnhaft sind. Nach zunehmenden Sachbeschädigungen und steigender Unsicherheit hat die Stadt Aarau als Reaktion auf die Beschwerden der Einwohner/innen Massnahmen beschlossen mit dem Ziel, die ausländische Bevölkerung besser zu integrieren und die allgemeine Lebens- und Wohnqualität zu verbessern.

Das Projekt «Allons-y Tell!» vom Stadtrat Aarau eingeführt, ist in den Jahren 2001 bis 2006 mit der aktiven Unterstützung und Zusammenarbeit des Bundesamts für Gesundheit (BAG) im Rahmen des Aktionsplans Umwelt und Gesundheit (APUG) umgesetzt worden. Das Quartier Tell wurde ausgewählt als eine der drei APUG-Pilotregionen mit dem thematischen Schwerpunkt «Wohnen und Wohlbefinden». Man setzte sich zum Ziel, Gesundheitsförderung mit Umweltschutz zu verknüpfen um so das Quartier in Richtung Nachhaltige Entwicklung umzuorientieren. Seit 2007 steht das Projekt wieder voll unter der Leitung der Stadt Aarau.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

Die Integration der ausländischen Bewohnerschaft in der Schweiz fördert die internationale Solidarität. Die in Tell eingeführten Aktionen stärken das Gemeinschaftsleben, ermöglichen es, andere Kulturen kennenzulernen und fördern den Austausch unter den verschiedenen Gemeinschaften, schweizerische wie ausländische. Über Gesundheitsförderung und Umweltschutz konnten die Migrant/innen am Gemeinschaftsleben besser beteiligt werden.

Umsetzung

Mit der Zustimmung des BAG wurde die strategische Leitung von «Allons-y Tell!» dem Stadtrat und der Schulkommission übertragen, die Projektleitung lag bei der Stadtverwaltung (Jugendkoordinator). Die für die Lancierung des Projekts eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe bestand aus Vertreter/innen der Stadtverwaltung, aus Vertreter/innen des Quartiers sowie ausgewählten Experten. Die einzelnen Aktivitäten richteten sich nach den Problemlagen aus den Bereichen Siedlungsentwicklung, Schule, Gemeinwesenarbeit mit Kindern und Jugendlichen zu den Themen Integration, Umwelt, Gesundheit und aktive Beteiligung am Gemeinwesen. Ein Kommunikationskonzept hat die internen und externen Zielgruppen sowie adäquate Kommunikationsmittel definiert (Berichte, Stellwände, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Internet, Plakatkampagne, Zeitungsartikel).

Seit 2007, am Ende der durch das BAG unterstützen Pilotphase, haben sich die Hauptakteure Stadtrat, Schulpflege, Gemeinschaftszentrum und Quartierverein entschlossen, die Aktion weiterzuführen. Der Stadtrat hat auf die Dauer von vorerst vier Jahren einen Leistungsauftrag mit dem Gemeinschaftszentrum Tell abgeschlossen, und stellte darin zusätzliche finanzielle Mittel für weiterführende Aktivitäten zur Verfügung.



Umsetzung (Folge)

Zudem finanziert er einen Folgebericht («Netzwerk Monitoring Telli»), an welchem sich Vertretungen des Gemeinschaftszentrums, des Quartiervereins, der Eigentümerschaften, der Hauswarte und der Schule beteiligen.

Ergebnisse

Konkrete Resultate des Projekts «Allons-y Telli!» sind unter anderem:

- Verbesserung der Abfallentsorgung und Förderung des sinnvollen Recyclingverhaltens
- Deutschkurse für Mütter und deren vorschulpflichtige Kinder
- Soziokulturelle Animation für Kinder und Jugendliche
- Aufwertung des Aussenraums und neu verfügbare Räume für das Gemeinschaftsleben
- Vermehrte gemeinschaftliche Nutzung von Innenräumen
- Schaffung von rauchfreien Zonen im öffentlichen Raum der Telli-Siedlung
- Umgestaltung des Uferbereichs Sengelbach unter der Beteiligung der Bewohner/innen
- Pausenplatzgestaltung
- Informationsveranstaltungen zu gesundem Wohnen
- Beratungsangebot für Bewohner/innen aller Kulturen, Sprachen und Nationalitäten des Telli

Bewertung

Nach Abschluss des APUG-Pilotprojekts Mitte 2006 hat das BAG eine jährliche Evaluation bis ins Jahr 2010 eingeleitet. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass das Projekt «Allons-y Telli!» erfolgreich weitergeführt werden kann. Die stetig abnehmende Lebensqualität im Quartier wegen sozialer Probleme konnte aufgefangen werden. Dank der gemeinsam durchgeführten Aktionen und der kollektiven Erfahrungen konnte eine Kultur der nachbarschaftlichen Hilfe, basierend auf Respekt, aufgebaut werden. Somit ist eine Solidarität unter den Menschen entstanden, die über die Grenzen hinausgeht. Schwerpunkt des Projekts waren die Integrationsmassnahmen sowie die Aufwertung des Aussenraums, welche massgeblich zur Verbesserung der Lebensqualität beigetragen haben. Diese Bemühungen müssen nun fortgesetzte werden.

Beispielcharakter

Wichtigster Erfolgsfaktor des Projekts ist die Beteiligung der direkt Betroffenen als Akteure, um so die Bedürfnisse und Ideen aller BewohnerInnen einfließen zu lassen. Die zentralen Quartierinstitutionen Gemeinschaftszentrum, Quartierverein und Schule sind dadurch wesentlich gestärkt worden und bilden nun das Rückgrat der zukünftigen Entwicklung. Es sind zusätzliche Netzwerke entstanden, welche erfolgsversprechende Synergien schaffen.

Zielgruppen

Bewohner/innen des Quartiers Telli in Aarau

Kosten

2001 bis Mitte 2006 ca. CHF 1.8 Millionen investiert (BAG, Stadt Aarau); seit 2007 CHF 65000.– pro Jahr von der Stadt Aarau (Leistungsauftrag an das Gemeinschaftszentrum Telli)

Finanzierung

Stadt Aarau (49%), Bundesamt für Gesundheit, für die Dauer der Pilotphase (47%), Eidgenössische Ausländerkommission (3.5%) und Diverse

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität



Ort Stadt Aarau, Quartier Telli

Realisierung Pilotprojekt APUG vom 2001 bis 31.7.2006; Weiterführung im Auftrag der Stadt Aarau bis 2010

Kontakt Daniele De Min – Jugendkoordinator
Flösserstrasse 7, 5000 Aarau
Tel. 079 616 61 58 – jugendkoordination@aarau.ch

Stiftungsrat Gemeinschaftszentrum Telli
Girixweg 12, Postfach 622, 5004 Aarau
Tel. 062 824 63 44, fax 062 824 02 33 – info@gztelli.ch

Beat Lauterjung – Präsident Quartierverein Telli
Maienzugstrasse 36, 5000 Aarau
Tel. 062 822 50 24

Information www.gztelli.ch – www.telli-quartier.ch
Bericht Monitoring APUG – PAES: www.are.admin.ch/nachhaltigeentwicklung

Bekanntere vergleichbare Projekte

- Stadt Luzern: Seit 2003 fördert das Projekt BaBeL eine nachhaltige Quartierentwicklung Basel-/Bernstrasse Luzern zusammen mit Quartierkräften (www.babelquartier.ch).
- Programm « Projets urbains - Soziale Integration in Wohnzonen »: www.are.admin.ch/themen/agglomeration

Nord-Süd-Austausch für die Erhaltung der Biodiversität: Botanischer Garten der Stadt Genf



Beschreibung

Die Stadt Genf realisiert im Rahmen ihrer Agenda 21 Aktionen, die zu einer fairen und umweltfreundlichen Welt beitragen. Der internationale Aspekt bildet einen wichtigen Teil dieser Aktionen. Das Konservatorium und der Botanische Garten der Stadt Genf (Conservatoire et Jardin botaniques de la Ville de Genève, CJBG) führen mit grossem Erfolg das Rahmenprogramm für Nachhaltige Entwicklung im Süden durch. Das Programm hat sich in den Bereichen Umwelterziehung und angewandte Botanik, wo es um die Verwendung einheimischer Pflanzen geht, zum Ziel gesetzt, lokale Bevölkerungen für den Wert und die Erhaltung des pflanzlichen Erbes zu sensibilisieren. In sechs afrikanischen und südamerikanischen Ländern soll über verschiedene Aktionen (Schaffung von Umwelterziehungszentren, Erschliessung ethnobotanischer Sammlungen, Wiederherstellung botanischer Gärten) traditionelles Wissen über Nutz- und Heilpflanzen beispielsweise für den fairen Handel oder für die Tiermedizin aufgewertet werden. Das Programm verbessert die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerungen und festigt indirekt Demokratieprozesse, die in einigen südlichen Ländern im Gange sind. Darüber hinaus schafft es Nord-Süd- sowie Süd-Süd-Synergien.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

Durch die Aufwertung des Natur- und Kulturpflanzenerbes in den betroffenen Regionen vermittelt das Rahmenprogramm Anreize für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Naturressourcen und der Artenvielfalt. Ausserdem schafft es lokale Arbeitsplätze. Das Programm fördert die Selbstverwaltung und trägt zur Selbstachtung der lokalen Bevölkerungen bei, weil ihre traditionellen Kenntnisse anerkannt und sie zur Weitergabe dieses Wissens ermutigt werden. Diese Elemente bilden den Nährboden einer partizipativen Demokratie. Das Programm trägt so zu den Millenniumentwicklungszielen der UNO bei, namentlich zur Bekämpfung der Armut (MDG 1), zum Schutz der Umwelt (MDG 7) sowie zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung (MDG 4-6).

Umsetzung

Die Projekte gehen auf die Anfrage von Städten oder Universitäten des Südens zurück, mit welchen die CJBG akademische Kontakte pflegen. Ziel ist es, Ausbildungszentren zu schaffen, welche den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung entsprechen und in denen gemischte Teams, zusammengesetzt aus Fachleuten aus dem Norden und Süden, ausgebildet werden. Die verschiedenen Aktionen fördern die Schlüsselrolle der Frauen, der Jugendlichen sowie der lokalen und autochthonen Gemeinschaften als Hüter und Träger des ethnobotanischen Erbes. Die Zusammenarbeit zwischen lokalen NGOs, Gemeindebehörden, Universitäten und lokalen Gemeinschaften wird dadurch ebenfalls gestärkt. Die jeweiligen Gemeinden und die Stadt Genf unterzeichnen für jedes Projekt eine Vereinbarung. Die Finanzierung wird vom Fonds de coopération der Stadt Genf gewährleistet. Besondere Bedeutung kommt der Kommunikation zu, sowohl in den Gastländern – in Form von didaktischen Ausstellungen und Veröffentlichungen (Presseartikel, Handbücher, Lehrblätter, Pflanzenmedizin usw.) – als auch in Genf (Presseartikel, Zeitschrift der CJBG, Ausstellungen, Radio- und Fernsehsendungen, Lehrpräsentationen im Botanischen Garten und in den Genfer Museen).

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität



Ergebnisse

In Paraguay z.B. beteiligen sich zahlreiche bäuerliche Gemeinschaften aktiv in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz am Projekt «Etnobotanica paraguayana» (EPY). Diese Bauern betreiben in ihrem Alltag in ländlichen Gegenden und in Naturschutzgebieten oder Nationalparks traditionelle Medizin mit gesammelten Heilpflanzen. Die Forscher des EPY und der CJBG wollen hauptsächlich diese ethnobotanischen Kenntnisse auswerten, wissenschaftlich formalisieren und das Wissen der paraguayischen Bevölkerung zurückgeben. Die CJBG und das EPY haben deshalb mit etwa dreissig Bauernvereinigungen ein Projekt über Gemeinschaftsgärten für Heilpflanzen entwickelt. Die Gärten dienen als praktische Lernorte: Domestizierung, Aufforstung mit Medizinbäumen, Vermehrung der Pflanzen, Förderung der Biolandwirtschaft im Nahbereich (lokales Saatgut, Ökodünger usw.), und die Organisation von Workshops. Das Projekt, welches Teil der Instandsetzung des Botanischen Gartens von Asunción bildete, war ein durchschlagender Erfolg und ist seit 1998 nach Patos (Brasilien), La Paz (Bolivien), Dakar (Senegal), Abidjan (Elfenbeinküste) und Ouagadougou (Burkina Faso) exportiert worden.

Bewertung

Die Projekte ermöglichen der Stadt Genf als Unterzeichnerin der Aalborg Charta¹ und im Rahmen ihrer Agenda 21², auf internationaler Ebene zum Schutz der natürlichen Vielfalt (Biodiversität) und der kulturellen Vielfalt (Nutzung der Flora) beizutragen. Die Projekte sollen Wissen vermitteln und richten sich an die breite Öffentlichkeit sowie an Fachleute. Dank der strengen ethischen Grundsätze wurden sehr ermutigende technische, wissenschaftliche und persönliche Ergebnisse erzielt. Die verschiedenen Projekte befinden sich heute auf dem Weg zur Selbständigkeit und Selbstverwaltung. Allerdings fällt es nicht immer leicht, eine den Genfer Kriterien genügende administrative Projektverwaltung vor Ort mit lokalen Partnern einzurichten.

Beispielcharakter

Das Projekt zeigt, wie Fachinstitutionen wie die CJBG, die zur öffentlichen Hand der Schweiz gehören, durch einen echten Wissensaustausch zwischen Norden und Süden sowie unter den südlichen Ländern zur Nachhaltigen Entwicklung und internationalen Solidarität beitragen können. Solche Projekte lassen sich auch auf Städte übertragen, die keinen botanischen Garten besitzen, dafür aber z.B. einen Zoo, Museen oder Parks.

¹ Charta der zukunftsfähigen europäischen Städte: www.aalborgplus10.dk

² www.ville-ge.ch/agenda21/



Zielgruppen	Behörden, lokale Gemeinschaften, Botaniker, Institutionen (Universitäten, NGOs usw.), breite Öffentlichkeit in den südlichen Ländern und in der Schweiz
Kosten	Rund CHF 30000.– jährlich
Finanzierung	Fonds de coopération der Stadt Genf (80%), interne und externe Ressourcen der CJBG
Ort	Stadt Genf
Realisierung	Seit 1994
Kontakt	Pierre-André Loizeau (Direktor) und Didier Roguet (Konservator und wissenschaftlicher Projektleiter) Les Conservatoire et Jardin botaniques de la Ville de Genève Chemin de l'Impératrice 1, Postfach 60, 1292 Chambésy Tel. 022 418 51 00 – didier.roguet@ville-ge.ch
Information	www.ville-ge.ch/cjb (siehe Jahresbericht, Kapitel «Coopération et Agenda 21»)
Bekannte vergleichbare Projekte	Der Zürcher Zoo unterstützt die Fauna Group (MFG) mit einem Jahresbeitrag, finanziert eine Naturschutzschule für Schüler und arbeitet für den Vorstand der MFG (www.zoo.ch).

Nachhaltige Beschaffung von Holz und Papier: «urwaldfreundlich.ch»



Beschreibung

Die Aktion «urwaldfreundlich.ch» will die öffentliche Hand in der Schweiz motivieren, bei ihrer Holz- und Papierbeschaffung konsequent auf Holz und Holzprodukte aus Raubbau der tropischen Regenwälder zu verzichten. Stattdessen soll mit dem Label des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziertes Holz aus der Schweiz oder dem benachbarten Ausland für den Häuserbau, den Bau von Möbeln und anderen Konstruktionen oder auch für Kopierpapier verwendet werden. Es soll, wo immer möglich, Recyclingpapier verwendet werden. Die Aktion richtet sich an Gemeinden, Kantone und andere öffentliche Institutionen wie Schulen und Privathaushalte. Sie wurde 1997 von drei Umweltorganisationen, dem Bruno-Manser-Fonds, Greenpeace und WWF gegründet.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

Alle zwei Sekunden verschwindet ein Stück Urwald, so gross wie ein Fussballfeld. Indem auf Holz aus tropischen Regenwäldern verzichtet wird oder FSC-Produkte eingekauft werden, können der Raubbau gebremst und eine ökologisch sowie sozial verträgliche Waldwirtschaft gefördert werden. Davon profitiert vor allem die lokale Bevölkerung, weil dadurch ihre Lebensgrundlage für die Zukunft erhalten bleibt. Die Verwendung von Recyclingpapier geht in dieselbe Richtung: Im Gegensatz zu der Papierherstellung aus Urwaldholz wird im Recyclingprozess kein Holz verwendet und durchschnittlich drei Mal weniger Wasser und Energie verbraucht. Mit einer konsequent umweltbewussten und sozial fairen Einkaufspolitik für Holz und Papier kann die öffentliche Hand ein wichtiges Zeichen für den ganzen Schweizer Markt setzen. Die nachhaltige Nutzung der Urwälder ist wegen der hohen Biodiversität der Tropenwälder und der Speicherung von CO₂ von globaler Bedeutung.

Umsetzung

Eine Gemeinde, die sich als urwaldfreundlich erklären will, unterschreibt eine Absichtserklärung, in der sie sich verpflichtet, Holz aus der Schweiz und dem angrenzenden Ausland oder Holz und Papier, das mit dem FSC-Label versehen ist, einzusetzen. Ferner verpflichtet sie sich, wo immer möglich, Recyclingpapier zu verwenden. Dieses Thema wird häufig durch aktive Einwohner/innen in den Stadtrat getragen. Grössere Gemeinden veröffentlichen den Beschluss in den jeweiligen Amtsblättern auch auf ihrer Internet-Homepage. «urwaldfreundlich.ch» hat für die beteiligten Gemeinden und Kantone Kriterien definiert, nämlich in der Papierbeschaffung entsprechende Richtlinien festzulegen und es hat Merkblätter zur Erreichung quantitativer Ziele erstellt (z.B. die Verwendung von mehr als 80% Recyclingpapier oder 50% Recycling- und 50% FSC-Papier). Was das Holz betrifft, so muss allen Baugenehmigungen ein Merkblatt beigelegt werden, Richtlinien sind ein integrativer Bestandteil von Mandaten und öffentlichen Ausschreibungen. Standardformulare und -dokumente stehen zur Vereinfachung der Umsetzung im Internet zur Verfügung.

Ergebnisse

Aktuell haben über 600 Gemeinden die Urwaldfreundlich-Erklärung unterzeichnet und unternehmen Schritte, um die obgenannten Kriterien zu erfüllen.



Bewertung

Indem die Gemeinden vorbildliche Praktiken in der Beschaffung und der Verwendung von urwaldfreundlichem Holz und Papier anwenden, führen sie vor, dass sie konkret zur internationalen Solidarität im Umwelt- und Entwicklungsbereich beitragen können. Zahlreiche Gemeinden verpflichten sich in ihrer Agenda 21 für ein Engagement.

Beispielcharakter

Mit ihrem urwaldfreundlichen Verhalten halten Gemeinden und Kantone zusehends internationale Vereinbarungen ein, wie zum Beispiel die UNO-Biodiversitätskonvention, die zur verbindlichen Festlegung von Schutzgebieten und zum Verbot von Handel mit Holz und Holzprodukten aus Urwald-Raubbau verpflichtet. Indem die öffentliche Verwaltung bereit ist, Massnahmen in den Bereichen Holz und Papier zu ergreifen, kann sie eine Vorbildfunktion einnehmen und private Akteure dazu animieren, ebenfalls «urwaldfreundlich» zu handeln.

Zielgruppen

Gemeinden, Kantone, Bundesverwaltung, Schulen, Kirchgemeinden und andere öffentliche Institutionen

Kosten

Je nach Massnahmen

Finanzierung

Je nach Gemeinde/Kanton

Ort

Ganze Schweiz

Realisierung

1997 von Bruno Manser initiiert; seit 2004 vom Bruno Manser Fonds, Greenpeace und WWF weitergeführt

Kontakt

Allgemeine Informationen: Bruno-Manser-Fonds
Reichensteinerstr. 14, 4053 Bäle
Tel. 061 261 94 74 – info@bmf.ch, www.bmf.ch

Für Gemeinden: Barbara Würmli – Geschäftsstelle, Förderverein
umweltverträgliche Papiere und Büroökologie (FUPS)
Postfach 705, 9501 Wil
Tel. 071 911 16 30 – info@fups.ch, www.fups.ch, www.urwaldfreundliche-gemeinde.ch

Für Kantone: Patricia Egli – urwaldfreundlich, Greenpeace
Postfach, 8031 Zürich
Tel. 044 447 41 29 – urwald@ch.greenpeace.org, www.greenpeace.ch

Information

www.urwaldfreundlich.ch – www.fsc-schweiz.ch

Bekanntere vergleichbare Projekte

- Die Plattform KlimaBündnis-Städte Schweiz- Climate Alliance (KBSS) vereinigt ca. 20 Schweizer Städte (2008) und hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam eine aktive Klimaschutzpolitik zu betreiben und die indigenen Völker der Regenwälder im Hinblick auf eine nachhaltige Nutzung ihrer Lebensräume zu unterstützen. Information: info@klimabuendnis.ch – www.klimabuendnis.ch, www.klimabuendnis.org (englisch)
- Nachhaltige Büromaterialbeschaffung: Der Kanton Genf verwendet für seinen gesamten Büropapierbedarf und die Mehrheit seiner Drucksachen Recyclingpapier. Information: Service cantonal de gestion des déchets GEDEC, Verantwortliche «Umwelt am Arbeitsplatz», ecologie.travail@etat.ge.ch (siehe auch Serie Gute Beispiele ARE «Nachhaltige Beschaffung», S. 20f., www.are.admin.ch/nachhaltigeentwicklung)

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008 – Foto: Bruno Manser Fonds

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität

Nachhaltige öffentliche Investitionen: Pensionskasse des Kantons Genf



Beschreibung

Die Vorsorgekasse für Lehrkräfte der Erziehungsdirektion und Beamte der Kantonsverwaltung Genf (Caisse de prévoyance du personnel enseignant de l'instruction publique et des fonctionnaires de l'administration du canton de Genève, CIA) engagiert sich seit 20 Jahren über ihre Anlagepolitik, die geleisteten Zahlungen und ihre Personalpolitik in einer langfristigen Perspektive für die Achtung der Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung. Da sich die CIA als sozial verantwortliche Pensionskasse des öffentlichen Dienstes definiert, legt sie die Mittel gemäss den Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung an, d.h. sie investiert in umwelt- und sozialfreundliche Unternehmen, die gleichzeitig gute finanzielle Perspektiven bieten. Zur Förderung der Nord-Süd-Zusammenarbeit hat die CIA vor kurzem Mittel in Mikrokredite und in ein Portfolio von Aktien aus Schwellenländern investiert, welche die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

Die CIA leistet mit ihrer nachhaltigen Anlagestrategie einen wichtigen Beitrag zur internationalen Solidarität. Zudem trägt sie zu den Millenniumentwicklungszielen der UNO bei, namentlich zum Schutz der Umwelt, zur Beseitigung der Armut, zur Nahrungsmittelsicherheit (MDG 1), zur Ausbildung von Kindern (MDG 2) sowie zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung (MDG 4-6).

Umsetzung

Die CIA hat seit den 80^{er}-Jahren Ausschlusskriterien bei ihren Kapitalanlagen eingeführt. So investiert sie z.B. kein Kapital in Unternehmen, die ihren Umsatz in der Rüstungsindustrie, in der Agrochemie mit der Produktion von GVO's (genetisch veränderte Organismen), im Glücksspiel, im Tabaksektor oder in der Kernkraft erwirtschaften. 1996 führte sie generell die Option der nachhaltigen Investitionen ein, gestützt auf ökologische, soziale und Governance-Kriterien. 2006 richtete die CIA in rund dreissig Ländern Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und Osteuropas einen Mikrokredit-Fonds ein, und 2007 investierte sie gemäss den Nachhaltigkeitskriterien in ein Portfolio von Aktien aus Schwellenländern. Für die Auswahl der bezüglich Nachhaltigkeit leistungsfähigsten Unternehmen arbeitet die CIA mit Beratern und/oder Banken zusammen, die bei der Portfolio-Bildung systematisch Nachhaltigkeitskriterien und -ratings anwenden.

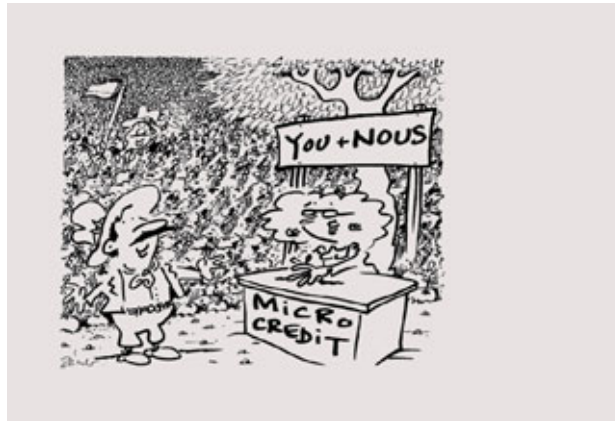
Zudem ist die CIA einem Zusammenschluss von Pensionskassen unter der Schirmherrschaft der Stiftung Ethos beigetreten, um ihre Aktionärsstimmrechte wahrzunehmen und die Unternehmen für die Nachhaltige Entwicklung zu sensibilisieren. Die CIA pflegt internationale Kontakte, besonders mit der UNEP-FI (UNEP Finance Initiative), und hat die «Principles for Responsible Investments» (PRI) unterzeichnet.

Die Pensionskasse verfolgt ihre Nachhaltigkeitsziele auch in ihrer Immobilienanlagepolitik in der gesamten Schweiz: Sie bietet erschwingliche Wohnungen an, achtet auf Bau- und Energiequalität und erzielt gute Renditen. In der Personalführung legt sie grossen Wert auf Lebensqualität, Arbeitsschutz sowie auf die Ausbildung ihrer Angestellten.

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität



Ergebnisse

Die CIA trägt mit ihrer Strategie zur Sensibilisierung der Unternehmen für die Nachhaltige Entwicklung bei, insbesondere der Banken. Es wird zunehmend anerkannt, dass Nachhaltige Entwicklung und Rendite einander nicht ausschliessen, ganz im Gegenteil: Die ökologische und soziale Verantwortung bildet eine solide Grundlage für den langfristigen finanziellen Erfolg, trägt entscheidend zu innovativen Lösungen bei und erschliesst so neue Märkte. Mikrokredite und Investitionen in Schwellenländern machen zwar erst einen kleinen Anteil der Mittel der CIA aus, besitzen aber grosses Potenzial für direkte Auswirkungen. Tausende Kleinunternehmer, vor allem Frauen, können Kredite mit kurzer Laufzeit beanspruchen. Die gezielten Investitionen treiben nicht nur die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern voran, sondern tragen auch zum Umweltschutz bei (nachhaltige Energie- und Wasserversorgung, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, nachhaltige Mobilität, Ressourceneffizienz, um z.B. die Klimaerwärmung zu mildern), zur sozialen Solidarität (Zugang zu Ausbildung und ärztlicher Behandlung), sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen, welche die Nachfrage der lokalen Bevölkerung decken.

Bewertung

In der Schweiz verwalten die Pensionskassen insgesamt rund 500 Milliarden Franken; nur wenige Prozente davon entfallen auf nachhaltige Anlagen. 8% der privatrechtlichen Vorsorgekassen investieren laut eigenen Angaben in Portfolios, welche die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen; bei den öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen sind es 36%. Nachhaltige Anlagen besitzen also noch ein starkes Entwicklungspotenzial.

Beispielcharakter

Die CIA nimmt mit ihren nachhaltigen Anlagen eine Pionierrolle ein und ist ein erfolgreiches Vorbild für andere öffentliche Pensionskassen. Mit der Arbeit im Unternehmensnetz zusammen mit Ethos sensibilisiert sie die Wirtschaftskreise für die Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz sowie auf internationaler Ebene. Die Angestellten, die Versicherten und die Pensionierten werden im Journal, im Newsletter und in den Jahresberichten über das Engagement der CIA informiert.

Zielgruppen

Verwaltungsangestellte und Lehrpersonen des Kantons Genf

Ort

Kanton Genf

Kontakt

Caisse de prévoyance du personnel enseignant de l'instruction publique et des fonctionnaires de l'administration du canton de Genève (CIA)
Boulevard Saint-Georges 38, CP 176, 1211 Genève 8
Tel. 022 809 16 16

Information

www.cia.ch

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008 – Illustration: Pécun

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität



Beschreibung

Seit 2007 engagieren sich die Gemeindewerke Küsnacht (ZH) gegen die Klimaerwärmung, indem sie Klimaschutzprojekte finanziell durch die Stiftung «myclimate» unterstützen. Diese Kompensation der Treibhausgasemissionen der örtlichen Fahrzeugflotte ist ein wichtiger lokaler Beitrag gegen die globale Klimaveränderung. Gleichzeitig achtet die Gemeinde über ihre Beschaffungspolitik darauf, die Emissionen schon an der Quelle zu reduzieren, indem – da wo möglich – beim Neukauf der Fahrzeuge von benzin- oder dieselbetriebenen auf erdgasbetriebene Fahrzeuge umgestellt wird. Zurzeit beschränkt sich die Kompensation auf die Gemeindewerke. Im Rahmen der Ziele von «Energistadt Küsnacht» wird die Gemeinde die Kompensation voraussichtlich in nächster Zeit ausdehnen. Ein genaues Datum steht noch nicht fest.

Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung

Alle Projekte von «myclimate» setzen sich zum Ziel, einen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung in der jeweiligen Weltregion zu leisten. So sollen in Entwicklungs- und Schwellenländern die Luft- und Gewässerverschmutzung vermindert (MDG 7), die lokale Lebensqualität gesteigert, Wissen und Technologie transferiert (MDG 8) und neue Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung (MDG 1) geschaffen werden.

Umsetzung

Der Entscheid, den CO₂-Ausstoss ihrer Fahrzeugflotte zu kompensieren, wurde vom Betriebsleiter der Gemeindewerke Küsnacht angeregt und von der Werkkommission Küsnacht bestätigt. 2007 legte die gesamte Fahrzeugflotte der Gemeindewerke Küsnacht total 77300 Kilometer zurück. Auf die einzelnen Treibstoffkategorien entfielen (gerundet): 46% Benzin (3400 Liter), 35% Diesel (4600 Liter) und 19% Erdgas (1300 kg). Durch einen Aufpreis von durchschnittlich 2 Rappen pro Kilometer wurde eine Summe von CHF 3540.– als freiwillige Kompensation in «myclimate» Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern und der Schweiz einbezahlt. Die CO₂-Emissionen sowie die Kompensationskosten können mit dem Emissionsrechner auf der Homepage von «myclimate» selbst berechnet werden.

Ergebnisse

Projekte von «myclimate» leisten einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung in der jeweiligen Region. Es werden alle Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt: die Umwelt, die Wirtschaft und die sozialen Auswirkungen. Ziel ist es, die fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen oder die Energieeffizienz zu steigern (Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs oder der Einsatz effizienter Technologien). Parallel zum Klimaschutz werden zusätzliche Effekte erreicht: Reduktion der Luft- und Gewässerverschmutzung, erhöhte Lebensqualität, Technologie- und Wissenstransfer und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

So wird zum Beispiel im nordindischen Kotdwarra die Verwendung von Biomasse aus Wald- und Landwirtschaftsabfällen als Brennstoff für effiziente Kocher gefördert. Ziel ist es, vor allem öffentliche Institutionen vom teuren und schmutzigen Flüssiggas unabhängig zu machen. Zu Beginn des Projekts sind fünfzig Dörfer involviert. Die Biomasse wird, bevor sie



Ergebnisse (Folge)

den Benutzern verkauft werden kann, von den Dorfbewohnern gesammelt und zu Pellets gepresst. Die verwendeten effizienten Öfen wurden in Indien entwickelt und werden lokal hergestellt. In den nächsten sieben Jahren sollen so 35000 Tonnen CO₂ reduziert werden. Auch lokale Haushalte sollen vom Projekt profitieren.

Bewertung

Klimaneutral bedeutet den Ausgleich von CO₂-Emissionen durch die Einsparung einer gleichen Menge an einem andern Ort. Der Ausgleich geschieht durch die gezielte Unterstützung von international anerkannten Klimaschutzprojekten. Durch die Kompensation der anfallenden und unvermeidbaren Treibhausgasemissionen der Fahrzeugflotte der Gemeindewerke Küsnacht können «myclimate» Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern finanziert werden. Der Gesamtbetrag der Kompensation hat z.Z. eher einen symbolischen Wert und dient v.a. zur Sensibilisierung, sobald aber die ganze Gemeinde eine Kompensation einführt, kommen signifikante Summen zusammen.

Beispielcharakter

Durch die Kompensation der anfallenden Emissionen der Fahrzeuge übernehmen die Gemeindewerke Küsnacht eine Vorbildfunktion gegenüber anderen Gemeinden. Das öffentliche Interesse an den Themen Klimaschutz, CO₂-Kompensation und internationale Solidarität kann dadurch gesteigert werden, unter der Voraussetzung, dass die Gemeinden dies auch entsprechend kommunizieren.

Zielgruppen

Gemeindewerke Küsnacht

Kosten

CHF 3 540.– für das Jahr 2007

Finanzierung

Gemeindewerke (Betriebskosten)

Ort

Gemeinde Küsnacht ZH

Realisierung

Seit 2007

Kontakt

Hans Blarer – Gemeindewerke Küsnacht
Tobelweg 4, 8700 Küsnacht
Tel. 044 913 13 52 – hans.blarer@kuesnacht.ch

Information

www.kuesnacht.ch – www.myclimate.org

Bekanntere vergleichbare Projekte

- Projekte Winterferien Klimaneutral Arosa: der Bündner Ferienort Arosa bietet seit 2007 klimaneutrale Ferien an. Die Berechnung des CO₂-Ausstosses der Gäste erfolgt aufgrund der Anreise, Unterkunft und Aktivitäten. www.arosa.ch/klimaneutral – www.climatepartner.com
- Nachhaltige Mobilität in der Stadt Neuenburg: Die Stadt hat aufgrund ihrer nachhaltigen Beschaffungspolitik ihren Fahrzeugpark mit einem hohen Anteil an besonders effizienten, ökologischen Fahrzeugen ausgestattet. Mit Aufklärungsaktionen und finanziellen Anreizen ermutigt sie ihr Personal und die Bevölkerung, umweltverträgliche Verkehrsträger zu wählen. Mehr Informationen: Serie Nachhaltige Beschaffung, Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung, S.17f., unter www.ave.admin.ch/nachhaltigeentwicklung.

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Text: King Zollinger & Co. Advisory Services, Zürich, Anne DuPasquier, Christine Richard, ARE – 30.11.2008

Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung | Internationale Solidarität